

Verlag auf Geheiß der Regierung 400 000 Europahefte für die schulische Erziehungsarbeit aufgelegt hätte, daß aber der Absatz sehr schlecht und das Interesse an diesen Heften sehr gering sei⁷⁴.

Die Front gegen ein Europa, das in den Augen der Lehrer möglicherweise nur auf Kosten eines stabilen Deutschtums an der Saar zu haben war, organisierte sich auf zwei Ebenen. Die eine bildete sich aus grundsätzlichen Erwägungen gegen eine Politik der Trennung von Deutschland zugunsten einer eigenen europäisch disponierten Staatlichkeit sowie einer von Frankreich konkret geforderten Wirtschaftsunion, weil sie darin die Gefahr einer dauernden und nicht mehr reparablen Abkopplung vom kulturgeschichtlichen Schicksal Deutschlands befürchtete, die andere erwuchs aus den Ärgernissen über die Bildungspolitik im allgemeinen und aus den Verbitterungen über die berufspolitischen Zurückstellungen der Lehrer im besonderen⁷⁵. Im Jahre 1955 war die Entscheidung der Lehrer gegen einen Saarstaat im Zeichen Europas endgültig gefallen. Wenn die eigentliche Schulpolitik im allgemeinen Abstimmungskampf zum 23. Oktober 1955 auch nur ein Randthema war, weil er im Bewußtsein der Saarländer vorrangig als Entscheidung für oder gegen Deutschland bzw. für oder gegen das Hoffmann-Regime geführt wurde, so kann man dennoch auch ohne Rückgriff auf statistische Wahlwerte sagen, daß eine relativ hohe Zahl der saarländischen Lehrer im Interesse eines eindeutig deutschen Charakters ihrer saarländischen Schule und wegen der berufspolitischen Enttäuschungen durch das Hoffmann-Regime gegen das Saarstatut votiert haben wird. Dafür spricht nicht zuletzt der zeitige Austritt namhafter Schulmänner wie Peter Zenner und Wilhelm Hard aus der CVP und ihr Beitritt zu den sogenannten Heimatbundparteien in der Endphase des Abstimmungskampfes⁷⁶.

4. Die saarländische Bildungswelt aus deutscher Sicht und in der Strategie deutscher Politik

„Die Tragik der Hoffmann-Regierung lag“, so der Rundfunkjournalist Werner Kern im Jahre 1975, „unter anderem darin, daß er und seine Mannschaft bis zu den Pariser Verträgen von 1953 immer wieder heftige Versuche unternahmen, dem Saarland auch eine von Frankreich unabhängige staatliche Souveränität zu sichern – wirtschaftlichen Anschluß allerdings mit einbegriffen. Als sich seit 1950 die Bundesrepublik in die Saarfrage einschaltete, wurden die Hoffmann-Bemühungen um ein souveränes Saarland im diplomatischen Interessenausgleich zwischen Paris und Bonn mitleidlos zerrieben⁷⁷“.

Die von Kern konstatierte Paralyisierung der saarländischen Politik durch die wachsende und im Zuge der westeuropäischen Integration auch als notwendig erkannte deutsch-französische Annäherung ist zweifellos richtig; man muß jedoch hinzufügen, daß der po-

⁷⁴ Protokoll der Schulrätekonzferenz vom 3. 10. 1953. LA Saarbrücken, Bestand Kreisschulamt Ottweiler Nr. 2.

⁷⁵ Daß Schulfragen im Abstimmungskampf höchst selten direkt angesprochen wurden, bestätigt auch die Untersuchung von A. H. V. Kraus über die Erörterung der Saarfrage in der Publizistik der Jahre 1954/55. Vgl. dort insbesondere S. 313 – 400.

⁷⁶ Interview W. Braun vom 4. 3. 1976. Über den Wechsel von Politikern, Honoratioren und hohen Beamten von den „Ja“-Parteien zu den „Nein“-Parteien vgl. im einzelnen R. H. Schmidt, Bd. 3, S. 362 ff.

⁷⁷ W. Kern, S. 12.